STADT ERFTSTADT

Der Bürgermeister

Az.: 6712-13/58

öffentlich

B 667/2008

Amt: - 65 -

BeschlAusf.: - 65 -

Datum: 17.12.2008

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Unterausschuss Kinderspielplatzkommission	20.01.2009	
Jugendhilfeausschuss	18.02.2009	
Betriebsausschuss Straßen	03.03.2009	
Betriebsausschuss Straßen	09.06.2009	
Betriebsausschuss Straßen	02.09.2009	

Betrifft: **Anregung bzgl. Bau einer BMX-Crossstrecke auf der Verlängerung der Frankenstraße in E.-Bliesheim**

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Mittel müssen in den WP 2010 eingestellt werden

Unterschrift des Budgetverantwortlichen

Erftstadt, den 17.12.2008

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Frankenstraße ist auf einer Länge von ca. 137 m (=Flurstück 78) seit Bestehen der Autobahn A 553 nicht mehr als Fahrstraße nutzbar, da diese aufgrund der Autobahnböschung als Sackgasse endet.

Die Asphaltstraße wird zur Zeit bereits gerne von Jugendlichen als BMX-Strecke genutzt.

Dazu haben diese sich in mühevoller Eigenleistung bereits kleinere Rampen aus Bodenaushub gebaut.

Die stillgelegte Straße wird geringfügig von Hundebesitzern als Fußweg genutzt, um Ihre Hunde bis zur Autobahnböschung auszuführen und dann über einen Trampelpfad entlang der Böschung zum Fußweg an der Erft zu gelangen.

Da in Abstimmung mit Herrn Ortsbürgermeister Kreutner die stillgelegte Straße generell für Jugendliche und Kinder zur Verfügung gestellt werden sollte, würde ein Ausbau zu einer kleinen BMX-Strecke auf ca. 65 m Länge zu einer wertvollen Attraktion werden.

Die Straßenbreite von 5 m reicht aus, um zwei parallele Strecken zu erstellen (eine für Anfänger; die andere für Fortgeschrittene).

Für die Maßnahme werden ca. 90 m³ Bodenaushub benötigt, der gelegentlich bei städtischen Baustellen anfällt und kostengünstig dafür verwendet werden könnte. Die Feinprofilierung der Hügel würde von den Jugendlichen selbst vorgenommen werden können.

Die detaillierte Ausgestaltung hat in Absprache mit der unteren Landschaftsbehörde zu erfolgen, da die Fläche im Landschaftsschutzgebiet liegt.

Der Realisierung dieser grundsätzlich begrüßenswerten Maßnahme stehen zur Zeit noch planungsrechtliche Belange entgegen, die noch abzuklären sind.

(Bösche)